

Familienpolitischer Antrag

projekt:21

## Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung

„1999 haben wir unsere Arbeit unter das Motto „Aufbruch ‘99“ gestellt. In diesem Sinne haben wir in den Erfurter Leitsätzen unsere Ziele formuliert und die Themen benannt, in denen die CDU Defizite aufweist, bei denen wir auf neue Fragen neue Antworten finden müssen“, erklärte Generalsekretärin Angela Merkel am vergangenen Dienstag, 12.10.1999, vor Journalisten in Berlin. Als ersten Schritt auf dem Weg der programmatischen Weiterentwicklung habe der Bundesvorstand am 11. Oktober den Familienpolitischen Leitantrag „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ für den Kleinen CDU-Parteitag am 13. Dezember beschlossen.

Im Einzelnen beschreibe der familienpolitische Leitantrag den „Wandel der Lebenswirklichkeit in unserer Gesellschaft“ und benenne konkret die Felder, in denen es einen politischen Handlungsbedarf gebe. Hierzu würden die „bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der gerechte Ausgleich zwischen Familien und kinderlosen Paaren sowie die Stärkung der Erziehungskraft der Familie“ gehören.

Fortsetzung auf Seite 3

### HEUTE AKTUELL

● **Angela Merkel:**

Unser Antrag leitet eine neue Phase in der Familienpolitik der CDU ein. Seite 3

● **Wolfgang Schäuble:**

Ein verlorenes Jahr für Deutschland. Seite 5

● **Berlin-Wahl**

Union siegt auch in der Hauptstadt. Klarer Regierungsauftrag für Eberhard Diepgen. Seite 6

● **Finanzen**

Deutschland braucht eine durchgreifende Steuerreform für Wachstum und Beschäftigung. Seite 18

● **Dokumentation**

Die Ergebnisse der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen. Grüner Teil

● **UiD Extra**

Der Familienpolitische Leitantrag im Wortlaut. Innenteil

## Kurz & gut

### Mitglied werden bei der CDU

bedeutet jetzt auch: Sie werden exklusiv informiert. Seit dem 1. Oktober gibt es das Mitglieder-Netz „CDU-Net“: Benachrichtigungen nicht nur auf der Einbahnstraße, sondern auch zurück in die Parteizentrale. Und: Die Mitglieder können in Zukunft online miteinander diskutieren. Zugang: Über die CDU-Homepage – [www.cdu.de](http://www.cdu.de) – mit der Kennung „Nachname plus Mitgliedsnummer“.

### Der Transpird kann kommen

Er muss kommen, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU, Dirk Fischer, und begrüßt, dass es jetzt wenigstens einen einspurigen Fahrweg geben soll: unter den aktuellen Haushaltszwängen vertretbar. Ähnlich werden auch Straßen aus Kostengründen häufig zunächst nur halbseitig gebaut.

### Vereinsförderung verbessern

Erhöhung der Besteuerungs- und Zweckbetriebsgrenzen von 60.000 auf 120.000 DM, Bildung einer zusätzlichen Rücklage bis zu 50.000 DM jährlich und Verdoppelung der Übungsleiterpauschale von 2.400 auf 4.800 DM: das sind die Hauptpunkte eines Gesetzentwurfs, mit dem die CDU/CSU den Vereinen die Arbeit erleichtern will.

### Knapp zehn Millionen

nutzen regelmäßig das Internet. Damit sind 22 Prozent der Deutschen regelmäßig online. Carola Holtermann von AOL: „Damit entwickelt sich das Internet langsam vom Rand- zum Massenmedium.“

## Vergleichbarer Vorgang bei uns nicht zu erwarten

Eine erste Analyse des Unfalls in dem japanischen Brennelementwerk in Tokaimura zeigt: Die Ursachen liegen in einer Kombination

aus menschlichem Versagen und fehlender technischer Sicherheit. „Auch wenn aufgrund vollkommen anderer Rahmenbedingungen

in den Anlagen Lingen und Gronau ein ähnlicher Vorgang ausgeschlossen scheint“, so die energiepolitischen Experten der CDU/CSU,

Lippold, Paziorek und Grill, „sollte nach den japanischen Ereignissen eine Überprüfung des bestehenden Sicherheitskonzepts in

Deutschland erfolgen.“ Eine Gefährdung der Menschen in Deutschland durch den Unfall in Japan ist nicht zu befürchten.

CDU

**DAS WICHTIGSTE  
DER WOCHE  
AUF EINER SEITE**

**NR.  
32**

**12 Monate Schröder-Regierung: das sind 12 Monate Stillstand auf dem Arbeitsmarkt.**

CDU-Generalsekretärin  
Angela Merkel

## Wolfgang Schäuble: CDU und CSU sind in allen Fragen einig

Das Jahr, in dem CDU und CSU gemeinsam Verantwortung für die Opposition in der Bundespolitik tragen, war ein erfolgreiches Jahr für die Union. Schlüssel zum Erfolg in diesen 12 Monaten: CDU und CSU sowie die beiden Vorsitzenden haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Wir haben die feste Absicht, die gute Zusammenarbeit auch in Zukunft fortzusetzen.

Wir sind durch die Wählerentscheidung des vergangenen Jahres für die Legislaturperiode Opposition. Die Opposition hat eine ganz eigene wichtige Verantwortung, und wir haben nicht die Absicht, diese Verantwortung mit der Regierungsverantwortung zu vernichten. Wir werden unserem Auftrag entsprechend die Regierung unter den Druck von Kritik und Alternativen stellen. Wenn das Land schon eine schlechte Regierung hat, dann braucht es wenigstens eine gute Opposition.

Im Bundesrat hat Rot-Grün keine eigene Mehrheit mehr und wird sie in dieser Legisla-

turperiode nicht mehr bekommen. Die Union hat zwar auch keine eigene Mehrheit; aber bei Gesetzen, die die Zustimmung des Bundesrats brauchen, gibt es die Verantwortung der Mitwirkung. Und da wir immer gesagt haben, dass es mit uns keine Fortsetzung der Methode Lafontaine gibt, also keinen Missbrauch

### Nach dem Strategiegespräch zwischen CDU und CSU am 4. Oktober in Berlin

des Bundesrats als Blockadeinstrument, werden wir uns dieser Verantwortung auch stellen.

Wir sind bereit, dort, wo die Zustimmung des Bundesrats notwendig ist, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Aber Kompromisse wird es mit uns nur dann geben, wenn die Politik der Bundesregierung in eine nach unserer Überzeugung grundsätzlich richtige Richtung geht.

### Eine Generationenbilanz

ist nach Meinung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dringend notwendig. Mit ihr ließen sich Leistungen, die der Staat für die Generationen erbringt (Ausbildung, Renten usw.) und Abgaben,

mit denen er sie belastet (Sozialversicherungsbeiträge, Steuern usw.) miteinander vergleichen. Sie würde dem Staat vor Augen führen, wo die Lasten künftiger Generationen abzubauen sind.

### Schily verschwendet

Steuergelder: 1,6 Millionen Mark genau, um die Führungssetze seines Berliner Amtssitzes nachträglich (!) umzubauen. Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU:

Er hätte das Geld besser für die Bereitschaftspolizeien der Länder, für die BGS-Bahnpolizei, den Zivilschutz und die Förderung des Sportstättenbaus in den neuen Ländern ausgeben.

Angela Merkel:

# Anfang des Jahres 1999 haben wir unsere Arbeit unter das Motto „Aufbruch '99“ gestellt.

**In diesem Sinne haben wir die Erfurter Leitsätze formuliert und darin die Themen benannt, in denen die CDU Defizite aufweist, bei denen wir auf neue Fragen neue Antworten finden müssen. Wir wissen dabei, dass die Weiterentwicklung unserer Programmatik nur möglich ist, wenn wir mit der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Wirklichkeit beginnen.**

In den Erfurter Leitsätzen haben wir uns ein klares Ziel gesetzt: „Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen“ und „Wir wollen gemeinsam die modernste Partei Europas werden“. Das bedeutet, dass wir auf der einen Seite kampagnenfähig sind und – und das ist damit unmittelbar verbunden – auf der anderen Seite die Weiterentwicklung von Inhalten in unserer Programmatik voranbringen.

Der erste Schritt auf diesem Weg ist die Weiterentwicklung der Familienpolitik in der CDU. Dazu hat der Bundesvorstand am 11.10.1999 den Antrag „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ für den Kleinen Parteitag am 13. Dezember 1999 beschlossen.

Dieser Antrag leitet eine neue Phase in der Familienpolitik der CDU Deutschlands ein. Unser Anspruch lautet: Die CDU ist auf der Höhe der Zeit und trotzdem nicht beliebig. Das genau ist die inhaltliche Umsetzung unseres Zieles in den Erfurter Leitsätzen: „In dem Bewusstsein, dass Werte bei uns Zukunft haben, führen wir

die Debatte um die Schaffung der modernsten Gesellschaft Europas“.

## Konkret nun zum Antrag:

Wir schildern den Wandel der Lebenswirklichkeiten in unserer Gesellschaft. Angesichts dieses Wandels gibt es konkreten Handlungsbedarf für die Politik. Dazu gehören

- die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- der gerechte Ausgleich zwischen Familien und kinderlosen Paaren,
- die Stärkung der Erziehungskraft der Familie.

## Leitideen für eine moderne Familienpolitik

Die Politik in einer freien Gesellschaft schreibt den Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben, aber sie muss Anreize setzen, dass die Wünsche der meisten Menschen nach Familien und Kinder erfüllbar sind. Für uns ist die Familie die Verantwortungsgemeinschaft von Eltern für Kinder und Kinder für Eltern. Bei aller Berechtigung des Blickwinkels auf die Bedürfnisse der Eltern wollen wir auch die Ansprüche der Kinder in unserer Gesellschaft beachten.

Familienpolitik ist mehr als Frauenpolitik. Wir wollen Vätern Mut machen, sich stärker bei der Familienarbeit und in der Erziehung zu engagieren.

Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf zu verwirklichen suchen. Dies gilt für nicht-eheliche Partnerschaften zwischen Frauen und Männern, dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Eine rechtliche Gleichstellung für Lebensgemeinschaften mit der Ehe lehnen wir ab.

Politik für die Zukunft der Familie ist der dritte große Abschnitt unseres Familienpapiers, d.h. wo müssen wir konkret handeln, wofür müssen wir uns einsetzen?

Wir stellen Ihnen ein Papier vor, in dem deutlich wird, dass wir uns in der Oppositionsphase neuen kreativen Ideen öffnen und uns trotzdem als die Regierung von morgen begreifen. Wir bauen keine Luftschlösser, damit dieses Papier im Jahre 2002, wenn wir wieder Regierungsverantwortung übernehmen, auch umgesetzt werden kann. Damit leisten wir einen Beitrag dazu, die Reformfähigkeit in unserer Gesellschaft nicht durch falsche Versprechungen zu zerstören, wie es die derzeitige Bundesregierung tut. Wir wollen eine phantasievolle Familienpolitik, die sich deutlich von der der jetzigen Bundesregierung unterscheidet.

In einem ersten Punkt erläutern wir die Grundsätze unserer Familienförderung. Danach folgt zweitens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir wollen u.a.

- den Erziehungsurlaub zur Familienzeit weiterentwickeln
- die Kinderbetreuung in allen Altersgruppen verbessern, inklusive der Schaffung von mehr Ganztagschulen
- wir wollen den Anspruch auf Teilzeitarbeit erweitern und ihn in der Familienzeit zu einem Rechtsanspruch in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten machen
- wir wollen ein Partnerhalbjahr für Väter, die sich mit den Müttern die Familienzeit teilen, als Bonusregelung einführen

● wir wollen ein bundesweites Familienaudit für familienfreundliche Betriebe entwickeln.

Als dritten Schwerpunkt beschreiben wir die Modernisierung der finanziellen staatlichen Förderinstrumente. Dazu gehört für uns das Familiengeld in den ersten sechs Lebensjahren als Zusammenfassung von Kinder- und Erziehungsgeld sowie eine Kinderkomponente in der Rente.

Hier wollen wir prüfen, ob im Rahmen einer Gesamtkonzeption für die Weiterentwicklung des Rentensystems zukünftig neben dem Faktor der Lebenserwartung auch Kinder als weiterer demographischer Faktor berücksichtigt werden können und Familien mit Kindern einen Bonus gegenüber Kinderlosen gegeben werden kann.

In einem vierten Punkt beschreiben wir, wie die Erziehungskraft der Familien gestärkt werden kann und wir uns für eine insgesamt familienfreundlichere Gesellschaft, insbesondere im Wohnungsbau und in der Städteplanung, einsetzen werden.

Dies alles zeigt: Auf der Grundlage des Aufbruchs '99 suchen wir für die Themen des 21. Jahrhunderts glaubwürdige Antworten. Das ist unser Projekt 21. Unser Projekt 21 beginnt mit dem Antrag „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ – es folgen:

### **Projekt 21: Bildungspolitik**

### **Projekt 21: Sozialstaat der Zukunft**

### **Projekt 21: Zukunft der kleinen Einheit**

So können wir auch im 21. Jahrhundert Markt und Menschlichkeit in einer Zeit der globalen sozialen Marktwirtschaft miteinander versöhnen.

Wolfgang Schäuble zieht Bilanz:

## „Dies war ein verlorenes Jahr für Deutschland“

„Wir haben mit großer Freude Eberhard Diepgen und der Berliner CDU zu einem großartigen Wahlergebnis gratuliert. Es ist das beste Resultat, das die CDU jemals in dieser Stadt errungen hat“, erklärte der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble nach Sitzungen der CDU-Führungsgremien in Berlin. Zugleich wertete er den Wahlausgang als „erneutes Fiasko für die Sozialdemokraten und ihren Vorsitzenden Bundeskanzler Schröder.“

Wolfgang Schäuble weiter: „Das erste Jahr dieser Bundesregierung war ein verlorenes Jahr für Deutschland.“ Zu verzeichnen sei „ein dramatischer Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums von 2,3 Prozent im vergangenen Jahr auf nur noch 0,8 Prozent im ersten Halbjahr 1999. Auch die Arbeitslosigkeit, die im vergangenen Jahr saisonbereinigt von Januar bis September um 400.000 gesunken sei, steige saisonbereinigt seit März wieder an. Diese Negativentwicklung müsse gestoppt werden. „Das kann das Land nicht vertragen, und das haben die Menschen nicht verdient.“ Deswegen forderte der CDU-Vorsitzende den Bundeskanzler auf, jetzt endlich mit der Führung der Opposition das Gespräch zu suchen. Konkret nannte er die Themen Steuer-, Gesundheits- und Rentenpolitik, in denen dringender Handlungsbedarf bestünde.

„Wir müssen in den nächsten Jahren schrittweise eine deutliche Steuerentlastung aller Einkommen, aller Steuersätze – bei der Körperschaftsteuer wie bei der Einkommensteuer – vereinbaren“, unter-

strich Wolfgang Schäuble. Auf diese Weise könnte das Investitionsklima in unserem Land verbessert werden. Notwendig sei eine deutliche Senkung aller Steuersätze, um nicht weiter in die Abwärtsspirale zu geraten, die die „völlig phantasielose, nicht gestaltende Finanzpolitik der Regierung Schröder / Eichel in diesen Monaten“ bewirkt habe. Ferner habe die Union immer wieder betont, dass die Gesundheitsreform, so wie sie von der Bundesregierung diskutiert werde, die Zustimmung der Union nicht finde. Denn der Weg von Gesundheitsministerin Fischer führe nur zu noch mehr Bürokratie im Gesundheitswesen mit einer Zweiklassenmedizin und einer Rationierung von Gesundheitsleistungen.

### CDU bietet Gespräche über Rentenreform an

Außerdem sei die Union bereit, sofern die Regierung dies wünsche, über eine langfristige Reform der Rentenversicherung zu reden. Hier setze die CDU neben einer stärkeren privaten Vorsorge auf eine betriebliche Altersversorgung. Hinzu kommen müssten der sogenannte „demographische Faktor“, der den weiteren Rentenanstieg so verlangsame, dass er wirtschaftlich tragbar werde sowie die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten. Erneut forderte der CDU-Vorsitzende die Bundesregierung und den Bundeskanzler auf, jetzt „das Gespräch über die zentralen Fragen deutscher Politik zu führen, damit wir nach einem verlorenen Jahr nicht weitere drei verlorene Jahre für Deutschland befürchten müssen.“

Eberhard Diepgen:

## Klarer Auftrag zur Regierungsbildung

Der Berliner CDU-Spitzenkandidat und Regierende Bürgermeister, Eberhard Diepgen, wertete den Wahlausgang „als klaren Auftrag zur Regierungsbildung an die Union.“ Die CDU habe das beste Wahlergebnis in der Nachkriegsgeschichte der Stadt erzielt. Überdies sei die Union auch bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen, d.h. bei der Kommunalwahl, deutlich die stärkste politische Kraft geworden.

Eberhard Diepgen: „Ich sehe darin eine große Verantwortung für die Union und für mich selbst, dieser Aufgabe mit „Au-

genmaß und Konsequenz“ gerecht zu werden. Er forderte die SPD auf, rasch eine handlungsfähige Regierung zu ermöglichen. Er werde die Sozialdemokraten noch in dieser Woche zu Gesprächen einladen, um über den „Zeitplan und die Methode“ einer Regierungsbildung einvernehmen zu erzielen. Die Probleme, Herausforderungen und Chancen einer Stadt wie Berlin seien keine Angelegenheit, die man vor sich herschieben dürfe. „Ich erwarte ein baldiges klares Votum der Sozialdemokraten für Verantwortung in der Stadt.“

## Für Verprügelte ist Ohrfeige ein Streicheln“

**Zeitungen im Ausland haben in ihren Kommentaren zur Berliner Wahl überwiegend das schlechte Abschneiden der SPD thematisiert.**

**Daily Mail (London):** „Der Mann, der noch vor Monaten als das Gesicht des neuen Deutschlands, als teutonischer Clinton-Blair gefeiert wurde, steht vor einer politischen Katastrophe.“

**The Independent (London):** „Das katastrophale Bild, das seine (Schröders) Partei seit der Publikation des Schröder-Blair-Papiers im Juni abgegeben hat, hat Herrn Momper sicher auch nicht geholfen.“

**La Repubblica (Rom):** „Von zwei Gewinnern eingekreist – von den dynamischen Enkeln Helmut Kohls überholt und von den verschlagenen Epigonen der Ex-DDR gedemütigt – musste die SPD zudem schwer bezahlen für den Streit zwischen dem Kanzler und ihrem Rebellen Lafontaine.“

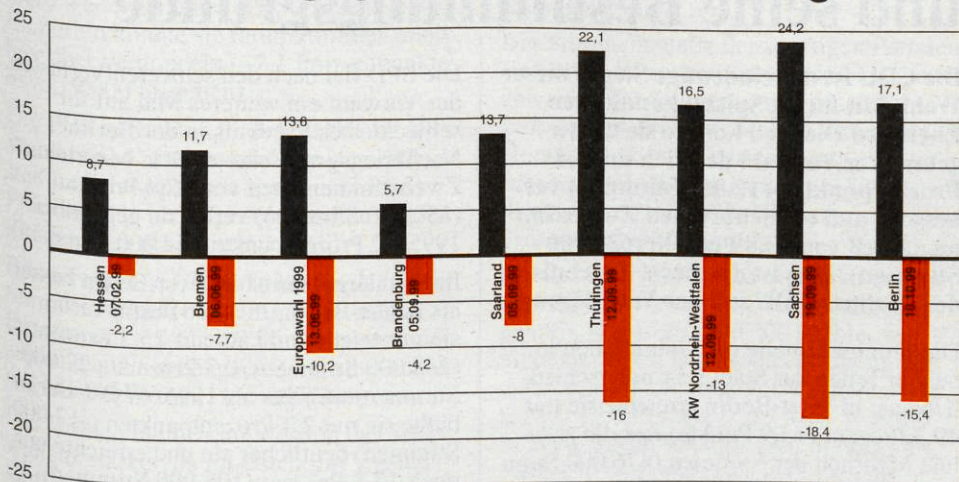
**Die Presse (Wien):** „Wer permanent Prügel bezieht, der empfindet eine Ohrfeige schon wie ein sanftes Streicheln.“

**Inlandzeitungen schreiben:**

**BILD:** Die Erfolgserie der CDU reißt nicht ab! In der einst sozialdemokratischen Hochburg und deutschen Hauptstadt Berlin bleibt die Diepgen-CDU nach wie vor die stärkste politische Kraft. Schwerster Schock für die SPD: Sie rutscht an der Spree auf den absolut historischen Tiefstand seit 1945. Willy Brandt dürfte sich im Grabe umdrehen.

**Frankfurter Allgemeine:** Arme SPD. So arm, dass mehr Berliner als erwartet Mitleid mit ihr hatten und sie bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vor Einbußen des Ausmaßes bewahrt haben, wie sie sie bei den vier Landtagswahlen im September erleiden musste. ... Aber es wäre zu früh, von einer Trendwende zu sprechen. ...

## CDU und SPD: Stimmenzuwächse und -verluste gegenüber der Bundestagswahl



Schwarz: CDU – rot: SPD

**Handelsblatt:** ... Selbstverständlich sind nicht nur die „Berliner Verhältnisse“ für das schlechte Abschneiden der SPD verantwortlich. Die Kanzlerpartei befindet sich – nur ein Jahr nach der Bundestagswahl – in einer katastrophalen Verfassung, sie ist im Grunde genommen nicht regierungstauglich. Die SPD ist in sich zerrissen, programmatisch nicht gefestigt, personell ausgelagert.

**Frankfurter Rundschau:** Momper bekam die Quittung für einen kläglichen Wahlkampf. Kaum hatte ihn die SPD, die ihn noch vier Jahre vorher in die politische Wüste geschickt hatte, zum Dieppen-Herausforderer gewählt, ging dem Triumphantor die Puste aus. Und als sich herausstellte, dass die rot-grüne Bundesregierung vom Erfolgsgaranten zur Hypothek werden würde, hatte Momper schon verloren. ...

### Hermann Kues: Rente mit 60 – falsche Weichenstellung

Die Rente mit 60 ist nun wirklich das Letzte, was dieses Land verkraften kann. Die Weichen werden falsch gestellt. Die Bundesregierung verhält sich angesichts der anhaltenden Expertenkritik fahrlässig und beratungsresistent.

Die Rente mit 60 ist arbeitsmarktpolitisch unsinnig, weil die Erfahrungen der letzten Jahre belegen, dass die

Rechnung „ein Älterer raus gleich ein Jüngerer rein“ nicht aufgeht.

Sie ist rentenpolitisch desaströs, weil alleine die Kosten für die Vorfinanzierung der Frührenten für die Rentenversicherung in den ersten fünf Jahren rd. 7 Mrd. DM betragen, und die Beiträge zur Rentenversicherung um 0,5%-Punkte steigen.

# Das Wahlergebnis in Berlin und seine Bestimmungsgründe

**Die CDU ist der eindeutige Sieger dieser Wahl. Mit ihrem Spitzenkandidaten Eberhard Diepgen konnte sie ihr Ergebnis der Vorwahl deutlich um 3,4 Prozentpunkte (+12.000 Stimmen) verbessern und erreichte einen Zweitstimmenanteil von 40,8 Prozent (637.000 Stimmen). Dies ist das beste Ergebnis der Berliner CDU seit der Vereinigung.**

Die Stimmenanteile der Union fallen in beiden Teilen der Stadt sehr unterschiedlich aus: In West-Berlin erreichte sie mit 49,3 Prozent (+3,9 Punkte) fast die absolute Mehrheit der Stimmen (476.000 Stimmen; -4.000.) und ihr bestes Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte. In Ost-Berlin schnitt sie mit 26,9 Prozent (+3,3 Punkte) bzw. 161.000 Stimmen (+16.000.) ebenfalls besser ab als 1990 und 1995.

In 46 der 78 Wahlkreise waren CDU-Direktkandidaten erfolgreich. Die CDU-Bewerber gewannen 44 von 46 Wahlkreise im Westteil Berlins sowie je einen Wahlkreis in Weißensee (Dr. Peter Luther) und Hellersdorf (Mario Czaja). Eberhard Diepgen erzielte mit 64,9 Prozent der Erststimmen in seinem Wahlkreis in Neukölln das beste Erststimmenergebnis überhaupt. Er verbesserte sich damit um 8,0 Punkte und lag 40,3 Punkte vor der SPD-Kandidatin.

Die CDU wird künftig mit 76 Sitzen (46 direkt, 30 über Liste) im Abgeordnetenhaus von Berlin vertreten sein. Sie schickt damit – trotz ihrer Stimmengewinne – 11 Abgeordnete weniger ins Parlament, da die Zahl der Sitze im Berliner Abgeordnetenhaus mit dieser Wahl von 200 auf 130 verringert worden ist. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate beträgt die Gesamtzahl der Sitze nun 169.

Die SPD fiel nach den schweren Verlusten der Vorwahl ein weiteres Mal auf ihr schlechtestes Ergebnis in der Berliner Nachkriegsgeschichte zurück. Mit einem Zweitstimmenanteil von 22,4 Prozent (350.000 Stimmen) verlor sie gegenüber 1995 1,2 Prozentpunkte (-44.000 Stimmen).

Ihr Wahlergebnis ist in West-Berlin besser als in Ost-Berlin. In West-Berlin verlor sie nur leicht und kam auf 25,2 Prozent (243.000 Stimmen), 0,3 Prozent (-27.000 Stimmen) weniger als 1995. In Ost-Berlin büßte sie mit 2,4 Prozentpunkten (-17.000 Stimmen) deutlich ein und erreichte nur noch 17,8 Prozent (106.000 Stimmen). Damit wurde sie hier nach PDS und CDU nur drittstärkste Partei.

Die SPD konnte in keinem Wahlkreis ein Direktmandat gewinnen. Auch der SPD-

## Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung

Spitzenkandidat Walter Momper war nicht erfolgreich. In seinem Wahlkreis in Reinickendorf erhielt er nur 24,9 Prozent der Erststimmen, 1,3 Punkte weniger als 1995. Er lag damit 35,2 Punkte hinter dem CDU-Bewerber. Die SPD ist im Abgeordnetenhaus in Zukunft mit 42 Sitzen (alle über Liste) vertreten, 13 weniger als zuvor.

Die PDS konnte ihr Ergebnis gegenüber 1995 merklich verbessern. Sie erzielte 17,7 Prozent der Zweitstimmen (277.000 Wähler) und legte damit im Vergleich zur Vorwahl um 3,1 Prozentpunkte zu (+32.000 Stimmen).

In Ost-Berlin ist die PDS mit 39,5 Prozent (236.000 Stimmen) die dominierende Partei. Sie gewann hier 3,2 Prozentpunkte



(+14.000 Stimmen) hinzu. Demgegenüber bleibt die PDS in West-Berlin mit einem Ergebnis von 4,2 Prozent (41.000 Stimmen) weiterhin unter der 5-Prozent-Hürde. Immerhin konnte sie ihren Stimmenanteil hier aber verdoppeln (+2,1 Prozentpunkte bzw. 19.000 Stimmen).

Die PDS gewann in 30 der 32 Ost-Berliner Wahlkreise Direktmandate. In der nächsten Legislaturperiode werden 33 PDS-Politiker (-1) im Abgeordnetenhaus sitzen (30 direkt, 3 über Liste).

Bündnis 90/Die Grünen mussten deutliche Stimmenverluste hinnehmen. Sie büßten 3,3 Prozentpunkte (-65.000 Stimmen) ein und erreichten nur noch einen Zweitstimmenanteil von 9,9 Prozent (155.000 Stimmen).

Die Grünen bleiben im Westteil der Stadt weitaus stärker als im Osten. Im Westen kamen sie auf 12,1 Prozent (117.000 Stimmen), 2,9 Prozentpunkte (-42.000 Stimmen) weniger als bei der Vorwahl. Im Osten Berlins erreichten sie 6,4 Prozent (38.000 Stimmen) und verloren 3,6 Prozentpunkte (-23.000 Stimmen). Die Grünen konnten in zwei Wahlkreisen in Kreuzberg Direktmandate erringen (Barbara Oesterheld und Özcan Mutlu). Sie entsenden in Zukunft 18 Parlamentarier, 12 weniger als bisher, ins Abgeordnetenhaus (2 direkt, 16 über Liste).

Der FDP missglückte zum zweiten Mal hintereinander der Einzug ins Abgeordnetenhaus. Sie erzielte 2,2 Prozent der Zweitstimmen (34.000 Stimmen) und verlor damit 0,3 Prozentpunkte (-8.000 Stimmen) gegenüber der Abgeordnetenhauswahl von 1995. In West-Berlin kam die FDP auf 2,8 Prozent (27.000 Stimmen), in Ost-Berlin auf lediglich 1,1 Prozent (7.000 Stimmen).

Auch die rechtsextremen Republikaner (REP) scheiterten erneut an der 5-Prozent-Hürde. Sie erreichten 2,7 Prozent der Zweitstimmen (42.000 Wähler) – den gleichen Anteil, den sie schon 1995 hatten

(-4.000 Stimmen). Im Westen der Stadt kamen sie auf 2,6 Prozent (25.000 Stimmen), im Osten auf 2,8 Prozent (17.000 Stimmen).

Die Stimmenanteile der sonstigen Parteien sind um 1,5 Prozentpunkte zurückgegangen (-31.000 Stimmen) und belaufen sich auf 4,4 Prozent (68.000 Stimmen). Herauszuheben ist darunter nur die Tierchutzpartei, die 1,1 Prozent (17.000 Stimmen) erzielte. Die NPD erreichte 0,8 Prozent (13.000 Stimmen).

Die Zahl der Wahlberechtigten ist gegenüber 1995 um etwa 65.000 zurückgegangen. Es gingen ca. 109.000 Wähler weniger zur Wahl. Die Wahlbeteiligung ist damit um 2,7 Prozentpunkte gefallen und lag bei 65,9 Prozent (1,59 Mio. Wähler). In West-Berlin sank die Beteiligungsrate stärker (-3,4 Punkte) als im Osten der Stadt (-1,5 Punkte). Dennoch fiel die Wahlbeteiligung im Westen mit 68,0 Prozent immer noch deutlich höher aus als in Ost-Berlin mit 62,6 Prozent.

Beim Stimmensplitting ergab sich für CDU, SPD und PDS ein Erststimmenplus. Die CDU erreichte bei den Erststimmen 1,8 Prozentpunkte mehr als bei den Zweitstimmen, die SPD 2,5 Punkte und die PDS 0,8 Punkte. Der Erststimmenanteil der CDU liegt bei 42,6 Prozent, der der SPD bei 24,9 Prozent und der der PDS bei 18,5 Prozent. Die Grünen haben demgegenüber einen leichten Zweitstimmenüberschuss. Sie erzielen nur 9,0 Prozent der Erststimmen, aber 9,9 Prozent der Zweitstimmen (-0,9 Punkte).

## Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

**1.** Das Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus wurde in erster Linie vom Duell der beiden Spitzenkandidaten Diepjen gegen Momper bestimmt. An seinem Anfang stand die wahlstrategisch bedeut-

same Kampagne „Diepgen rennt“, mit der eine Entwicklung analog zum Wechselbedürfnis bei der Bundestagswahl 1998 nach immerhin 14 Regierungsjahren in Berlin im Keim erstickt wurde. Hinzu kam der nach wie vor ungebrochene Bundestrend zu Lasten der rot-grünen Koalition und zugunsten von CDU und PDS. Die Arbeit der Bundesregierung wurde von 56 Prozent der Berliner als „schlecht“ beurteilt, nur von 38 Prozent als „gut“. Im Wettlauf der Spitzenkandidaten legte Eberhard Diepgen fortschreitend zu, unmittelbar vor der Wahl sprachen sich 66 Prozent der Berliner für den Regierenden Bürgermeister und nur 17 Prozent für seinen Herausforderer aus. Während der Kampagne verlor Momper auch in der eigenen Anhängerschaft an Zustimmung. Am Ende waren 56 Prozent der SPD-Anhänger der Meinung, dass ein anderer Spitzenkandidat für ihre Partei besser gewesen wäre. Eberhard Diepgen galt gegenüber Momper als mit Abstand glaubwürdiger, sympathischer, tatkräftiger und sachverständiger.

**2.** Die CDU hatte in den vorrangigen Politikfeldern 1. Arbeitsmarktpolitik, 2. Wirtschaftspolitik, 3. Kriminalitätsbekämpfung, 4. Bildungspolitik und 5. Verkehrspolitik große Kompetenzvorsprünge vor der SPD. Nur in Fragen der sozialen Gerechtigkeit galt die SPD noch traditionsgemäß als kompetenteste Partei. Auch in der allgemeinen Zukunftskompetenz führte die CDU deutlich mit 43 zu 18 Prozent. In der Senatsarbeit wurde die CDU wesentlich besser beurteilt als die SPD. Gleichwohl wünschten die relativ meisten Berliner (45 Prozent), dass die große Koalition fortgesetzt würde. Die CDU konnte mit einer abwechslungsreichen und kritisch-offensiven Kampagne das Gros ihrer bisherigen Anhänger mobilisieren. Sie gewann darüber hinaus vor allem Stimmen von bisherigen SPD-Wählern (per Saldo ca. 24.000 laut Infratest-Wählerwanderungsbilanz) sowie von den anderen Par-

teien, außer der PDS, in einer Größenordnung von weiteren rund 40.000. Zusätzlich ca. 23.000 Erstwählern standen allerdings -50.000 Verstorbene und per Saldo -24.000 Nichtwähler sowie -14.000 Zu/Fortgezogene gegenüber. In der Summe wuchs ihr Gesamtstimmenanteil am Ende um gut 12.000.

Die CDU legt am stärksten bei Jungwählern sowie bei den 25 bis 34-jährigen zu, dabei besonders stark bei jungen Frauen. Allerdings hat die Partei bei den älteren Wählern (ab 60 Jahre) nach wie vor ihren größten Rückhalt und kommt auf fast 50 Prozent. Überdurchschnittliche Gewinne erzielt sie bei Arbeitern und in der Ausbildung, in Schulen und Hochschulen befindlichen Jungwählern. Bei Angestellten verliert sie leicht.

In den Stadtbezirken Reinickendorf, Spandau, Neukölln und in Hellersdorf gewinnt die CDU überdurchschnittlich, ihre alten Hochburgen baut sie aus.

**3.** Die SPD und ihr Spitzenkandidat galten nicht nur als wenig kompetent, sie hatten auch ein großes Glaubwürdigkeitsdefizit und dies in zweifacher Hinsicht: Erstens spiegelte die Führungs-Quadrige die unterschiedlichen Richtungen der Partei wider, zweitens bezweifelte die Mehrheit der Berliner, ebenso wie ein Drittel der SPD-Anhänger, dass die SPD zur Mehrheitsbeschaffung nicht mit der PDS zusammengehen würde. Schließlich war auch angesichts der negativen Beurteilung der rot-grünen Bundeskoalition eine rot-grüne Landesregierung ausgesprochen unattraktiv, zumal Momper als Schröder-Mann auftrat. Beide Parteien verloren dementsprechend zusammen -4,5 Prozentpunkte. Die SPD verlor, wie schon bei den vorangegangenen Wahlen, laut Wanderungsbilanz in beide Richtungen, per Saldo ca. 24.000 Stimmen an die CDU und 13.000 Stimmen an die PDS, sowie rund 25.000 durch Nichtwähler. Beträchtliche

Zugewinne von 28.000 Stimmen hatte sie allerdings von den Grünen.

Die SPD hat ihre stärksten Verluste bei den über 60jährigen, dennoch erzielt sie in dieser Altersgruppe mit 24,6 Prozent noch ihr bestes Ergebnis. Am schwächsten ist ihr Rückhalt bei Jungwählern (20,4 Prozent) trotz leichter Zugewinne. Nach Tätigkeitsgruppen ergeben sich besonders starke Verluste bei Arbeitern und Rentnern, leicht zulegen kann sie bei Beamten und Selbständigen.

**4.** Die Grünen haben in Berlin stärker noch als die SPD unter ihrer Beteiligung an der Bundesregierung gelitten. Hierzu trug die ausgeprägte systemkritische AL-Tradition ihres links-alternativen Milieus wesentlich bei. Dementsprechend verloren die Grünen laut Wanderungsbilanz im Saldo ca. 15.000 linksradikale Proteststimmen an die PDS und weitere ca. 12.000 an das Nichtwählerlager. Aber auch an die SPD verloren die Grünen per Saldo rund 28.000 Stimmen, weitere 8.000 an die CDU.

Massive Einbußen haben die Grünen bei Jungwählern (fast -10 Punkte) sowie bei 25 bis 34jährigen (-5 Punkte), wo sie immerhin noch auf 18 Prozent kommen. In der Altersgruppe der 35 bis 44jährigen erreichen sie 16,5 Prozent und werden damit auch in Berlin zu einer Partei eher der mittleren Jahrgänge. Die Grünen bleiben eine Partei der besser Gebildeten. Bei Abiturienten und Hochschulabsolventen erreichen sie zwischen 19 und 17 Prozent.

**5.** Die PDS profitierte von der Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung, gegen die sie sich als eindeutig linke, radikale Opposition für mehr „soziale Gerechtigkeit“ anbot. Dabei kam ihr zugute, dass die grundsätzliche Ablehnung der PDS in Westberlin, wo sie ihren Stimmenanteil auf 4,2 Prozent verdoppelte, zurückgegangen ist. Inzwischen befürworteten 22 Prozent der West-Berliner und fast

60 Prozent der Ost-Berliner eine Regierungsbeteiligung der PDS. Die Partei gewann gleichermaßen Stimmen von den Grünen und der SPD (15.000 bzw. 13.000 gemäß Wanderungsbilanz), aber keine von der CDU, verlor aber auch keine an sie.

Die höchsten Gewinne hat die PDS bei älteren Wählern über 60 Jahre, bei Jungwählern (18 bis 24) legt sie nur unterdurchschnittlich zu. Größere Unterschiede zeigen sich in der West-Ost-Betrachtung. Im Westen ist die PDS eine Partei der jüngeren und mittleren Altersgruppen, hier ist sie bei Arbeitslosen, in der Ausbildung, in Schulen und Hochschulen befindlichen jüngeren Wählern und bei Arbeitern am stärksten, im Osten bei den über 60jährigen, bei Rentnern, Arbeitslosen und Angestellten. Ähnlich wie die Grünen ist die PDS eine Partei der formal höher Gebildeten, fast 30 Prozent der Hochschulabsolventen in Berlin haben PDS gewählt, die weitaus meisten sind, ihrem Stimmenanteil von 39,5 Prozent entsprechend Ost-Berliner.

**6.** Die FDP blieb mit ihrer Zweitstimmekampagne erfolglos, weil ihr der Einzug in das Abgeordnetenhaus nicht zugehört wurde und die Partei trotz ihrer Koalitionsaussage zugunsten der CDU profillos blieb, während die Union mit ihrer Forderung nach Revision des 630-DM-Gesetzes sowohl Arbeitnehmer als auch FDP-Klientel im Dienstleistungsbereich erfolgreich ansprechen konnte. Die FDP sank auch in Berlin, wie schon bei den vorangegangenen Wahlen in den neuen Ländern, in Bremen und im Saarland, auf den Stand einer Splitterpartei ab.

**7.** Unter den Splitterparteien weisen die REP mit ausländerfeindlichen Parolen eine bemerkenswerte Konstanz auf, mit fast gleichen Anteilen in West- und Ostberlin. In den Arbeitervierteln Wedding (5 Prozent), Neukölln und Hohenschönhausen haben sie ihre höchsten Anteile.

## Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit

# Teure Luftnummer

**Zum Berufsbildungsbericht 1999 und zur Bilanz des 2-Milliarden-DM-Sofortprogramms der Bundesregierung gegen die Jugendarbeitslosigkeit erklärte der Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für berufliche Bildung, Rainer Jork:**

Die rot-grüne Bundesregierung hat die Verlängerung ihres Sofortprogramms gegen die Jugendarbeitslosigkeit beschlossen. 100.000 Jugendliche sollten in den letzten Monaten in Beschäftigung und Qualifikation gebracht werden. Die Bilanz fällt alles andere als beeindruckend aus: Das 2 Mrd. DM teure Programm erreicht nicht die wirklich Betroffenen, verschwendet enorme finanzielle Mittel, verwöhnt die Teilnehmer durch zu viel Geld, und am Ende stehen die meisten Jugendlichen wieder auf der Straße.

### 20.000 Jugendliche warten noch auf einen Job

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Lediglich rund 21.900 Jugendliche (12,3%) haben mit Hilfe eines Lohnkostenzuschusses eine betriebliche Ausbildung begonnen; 27.800 (15,6%) sind in außerbetriebliche Ausbildung vermittelt worden. Von rund 70.000 Jugendlichen, die bis August eine Fördermaßnahme abgeschlossen hatten, erhielten nur 2.300 eine außerbetriebliche Lehrstelle und 8.900 einen festen Job. Knapp 20.000 waren wieder arbeitslos gemeldet. Die Übrigen befanden sich entweder in Warteschleifen oder waren von den Arbeitsämtern aus den Augen verloren worden. Damit wurden für jeden tatsächlich in Arbeit oder Ausbildung vermittelten Jugendlichen ca. 200.000 DM ausgegeben!

Anders als von der Regierung propagiert, profitieren benachteiligte Jugendliche von dem Programm kaum. Mehr als 80 % der Geförderten verfügen über einen Schulabschluss, mehr als ein Drittel sogar über mittlere Reife oder Abitur. 53% der öffentlich finanzierten außerbetrieblichen Lehrstellen werden von Jugendlichen mit mittlerem oder höherem Schulabschluss besetzt. Das aber ist gerade die Klientel, die in die freien Lehrstellen auf dem Markt vermittelt werden sollte.

### An der Realität vorbei ausgebildet

Äußerst bedenklich ist, dass in den geförderten Lehrstellen oft am Bedarf der Wirtschaft vorbei ausgebildet wird und vor allem betriebsferne Lehrgänge gefördert werden. Jedes Jahr können die Unternehmen Tausende von Ausbildungsplätzen in den gewerblich-technischen Berufen nicht besetzen.

Manche der im Rahmen des Sofortprogramms angebotenen Maßnahmen sind schlicht zu attraktiv. Nicht selten werden 80 Prozent des Ecklohns für unqualifizierte Kräfte gezahlt. Wer ein Jahr lang 1000 bis 2000 DM pro Monat erhält, findet eine Lehrstelle mit viel niedrigerem Lohn nicht mehr interessant.

Eine Neuauflage des Programms löst die strukturellen Probleme des Ausbildungsmarktes nicht und erscheint nur dann sinnvoll, wenn die aufgebotenen Gelder tatsächlich effektiv eingesetzt werden. Entscheidend ist, dass die Maßnahmen wirklich in berufsqualifizierende Ausbildung und Beschäftigung münden.

BÜNDNIS FÜR ARBEIT

**Ein Phantom**

Den Mann zerreißt es förmlich. Beinahme im Stundentakt ändert IG Metall-Chef Zwickel seine Meinung über den Fortbestand des Bündnisses für Arbeit. Der letzte Stand: Die Gewerkschaften verlassen das Arbeitsbündnis selbst dann nicht, wenn die Rente ab 60 nicht kommt.

Nun zeigt sich, dass Zwickel wohl nie ernsthaft an einen Ausstieg gedacht hat.

Sächsische Zeitung

SPD UND PDS

**Skrupellos**

Oskar Lafontaine weiß sich noch immer zu steigern. Auf die Schmähungen ggen Schröder, Scharping und Fischer und die Verurteilung der Europapolitik der Regierung folgt nun als neuer Clou das Plädoyer für eine Koalition zwischen SPD und PDS auf Bundesebene. Die Sozialdemokraten nur zehn Jahre nach dem Ende der DDR-Diktatur mit den Erben des Regimes Arm in Arm in einem Kabinett für die gesamte Republik – an Skrupellosigkeit ist solches Denken kaum noch zu überbieten.

Neue Osnabrücker Zeitung

RUDOLF SCHARPING

**Gezielter Konflikt**

Was will Rudolf Scharping? Diese Frage stellen sich nicht nur Beobachter. Auch in der SPD und beim grünen Koalitionspartner wird gerätselt, was den Verteidigungsminister umtreibt, der landauf, landab predigt, dass die Bundeswehr in den kommenden Jahren mehr Geld braucht – obwohl er selbst der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes zugestimmt hat, in der weitere Milliardenkürzungen ausgewiesen werden. Nicht zuletzt wird auch Bundeskanzler Gerhard Schröder sich fragen müssen, welche Absicht hinter Scharpings gezielter Konfliktstrategie steckt. Vieles

deutet darauf hin, dass der Verteidigungsminister – im Schatten des lafontaineschen Amoklaufs – selbst alte Rechnungen mit dem ewigen Kontrahenden Schröder aufmachen will.

Stuttgarter Zeitung

MITTELSTAND

**Misstrauisch**

Vom Mittelstand bekommt diese Bundesregierung nur Pfeife, mag sie auch noch so heftig um ihn buhlen. Die Lachnummer mit den 630-Mark-Jobs machen Reform-erwartungen zunichte. In Steuersachen misstrauen die Kleinunternehmer der rot-grünen Regierung vor allem aus einem Grund: Sie wolle, so sagte sie, die Unternehmen fördern und pflegen, nicht aber die Unternehmer. Beide seien deswegen unterschiedlich zu besteuern. Das ist nicht nur ökonomisch töricht, sondern auch politisch dumm. Denn in weiten Teilen des Mittelstandes sind Unternehmer und Unternehmen identisch. Diese Sprachstockung zwischen Regierung und Mittelstand ist zu bedauern, denn von ihm allein – nicht von den Großunternehmen – können neue Arbeitsplätze erwartet werden.

Die Welt

SOZIALDEMOKRATEN

**Nicht unverjagt**

In dem Film „Tote tragen keine Karos“ quält eine Psychoblockade den Hauptdarsteller immer dann, wenn er das Wort „Reinigungsfrau“ hört. Sehr lästig – doch nichts gegen einen SPD-Parteivorsitzenden mit einer Abneigung gegen den Begriff „Sozialdemokratie“. Bei Sabine Christianschlich Gerhard Schröder immer wieder um das heiße Wort herum. „Nicht unszialdemokratisch“ nannte er die Arbeitspflicht für Sozialhilfeempfänger und ähnliche in der Partei umstrittene Maßnahmen. Wie defensiv das klang. Oder steckt hinter der verdrecksten Verjagung mehr?

Die Zeit

## Ein Jahr rot-grüne Europapolitik:

# Die Bilanz ist verheerend

**„Die Bilanz nach einem Jahr rot-grüner Europapolitik ist schlichtweg verheerend“, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer, in Brüssel.**

Der Regierung Schröder, die nach 100 Tagen Schonfrist mit vollmundigen Ankündigungen zur Europapolitik angetreten sei, müsse jetzt der „Spiegel der Wahrheit über das Ausmaß der Schäden“ vorgehalten werden. Hartmut Nassauers kritische Bestandsaufnahme von einem Jahr rot-grüner Europapolitik im Einzelnen:

### Die gesamteuropäische Bilanz

Die Agenda 2000 war symptomatisch für die Grundhaltung und den Arbeitsstil der Regierung Schröder. Nach anfänglicher Untätigkeit und vollmundigen Ankündigungen hat sich die Bundesregierung völlig unnötig unter Termindruck gesetzt und musste letztendlich eine Einigung akzeptieren, die sowohl den europäischen als auch den deutschen Interessen geschadet hat. Das erhebliche Sparpotential bei der finanziellen Vorausschau 2000-2006 ist nicht genutzt worden, ein Einfrieren der übrigen Mittel hätte den finanziellen Spielraum für die Ost-Erweiterung wesentlich erhöht. Zudem ist die Chance zu einer echten Reform des EU-Eigenmittelsystems, die eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten ermöglicht und alle Mitgliedstaaten entlastet hätte, vertan worden.

Zum bedeutenden europäischen Anteil an der Lösung der Kosovo-Krise hat Deutschland einen wichtigen Beitrag geleistet, der

im wesentlichen auf das persönliche Engagement von Außenminister Fischer zurückgeht. Schröder selbst ist außenpolitisch ein „Kaiser ohne Kleider“. Eigene Gehversuche des Kanzlers haben sich als Reinfall erwiesen: Das nicht mit den europäischen Partnern abgestimmte Schröder-Blair-Papier, das genau dem Gegenteil der bisher praktizierten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der SPD entspricht, hat sich bisher als leere Worthülse erwiesen und zudem das Verhältnis zu Frankreich weiter eingetrübt.

Mit dem halsstarrigen Beharren Schröders auf den beiden deutschen Kommissaren aus dem Regierungslager hat der Bundeskanzler den Kommissionspräsidenten eiskalt erpresst. Gerade das hätte im Sinne eines erfolgreichen und kraftvollen Starts der neuen EU-Kommission, die verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen muss, unter allen Umständen vermieden werden können. Wer den Kommissionspräsidenten derart mutwillig beschädigt, dessen Sinn für europäisches Verantwortungsgefühl geht ins Bodenlose.

### Zur Rolle Deutschlands in der EU

Bei der Agenda 2000 konnte keine Reduzierung der ungerechtfertigt hohen Nettobelastung Deutschlands erreicht werden. Wege hierfür hätte es genügend gegeben: Ein Einfrieren der Mittel, die Umstellung der Eigenmittel auf Kaufkraftparitäten, die Beendigung des Kohäsionsfonds, die einzige Möglichkeit ist genutzt worden. Und während alle anderen europäischen

Regierungen höchst zufrieden waren, wurde die Nettozahlerposition Deutschlands auf viele Jahre hin festgeschrieben.

Die Regierung Schröder hat das von Helmut Kohl in langen Jahren erfolgreicher Arbeit angesammelte europäische Kapital und Ansehen Deutschlands zu einem großen Teil verspielt. Die rot-grüne Bundesregierung hat diplomatisches Porzellan zerschlagen, was bei einigen unserer europäischen Partner dazu geführt hat, Deutschland wieder mit Reserviertheit und Misstrauen zu begegnen.

### **Eine Fülle von Mißverständnissen**

Den Anfang machten die polternden Äußerungen Schröders, das deutsche Geld werde in Europa „verbraten“. Die langjährigen Bemühungen Theo Waigels, um Verständnis für ein berechtigtes Anliegen Deutschlands in der Sache zu werben, wurde damit auf einen Schlag zunichte gemacht. Man brauchte sich in der Folge über mangelndes Entgegenkommen bei der deutschen Forderung nach einer Nettoentlastung nicht zu wundern.

Weitere Irritationen und Verstimmungen lösten die Äußerungen von Ex-Finanzminister Lafontaine aus, der mit seinem einseitigen Vorstoß einer EU-weiten, radikalen Steuerharmonisierung insbesondere Großbritannien vor den Kopf stieß. Die last-minute Blockade bei der Altauto-Richtlinie bleibt ebenso in Erinnerung wie das „Durchdrücken“ Hombachs als EU-Koordinator für den Balkan. Bald mussten die europäischen Staats- und Regierungschefs erkennen, dass sie sich mit Hombach ein veritables Kuckucksei ins Nest haben legen lassen.

### **Dilettantismus und Arroganz**

Das Echo bei unseren europäischen Partnern auf solcherlei Kamikaze-Aktionen

war verheerend und macht das wahre Ausmaß der von der Regierung Schröder zu vertretenden Schäden deutlich. Es ist damit zu rechnen, dass Dilettantismus und Arroganz bei den übrigen Mitgliedstaaten noch lange als „Markenzeichen“ Schröderscher Europapolitik in Erinnerung bleiben werden.

### **Front gegen das EU-Parlament**

Mit der Nominierung von Frau Schreyer und Herrn Verheugen für die EU-Kommission hatte Bundeskanzler Schröder sowohl Romano Prodi als auch die CDU/CSU brüskiert. Als einziger der Regierungschefs der großen Mitgliedstaaten ignorierte Schröder starrköpfig die Forderung Prodis nach einer parteipolitisch ausgewogenen Kandidatenliste. Schröders Entschluss, die beiden deutschen Kandidaten aus dem Regierungslager zu benennen, war ein Schlag ins Gesicht der Wähler,

die am 13. Juni den Unionsparteien die Mehrheit im Europäischen Parlament gaben. Schröder weigerte sich, die neuen Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament anzuerkennen und stellte Kommissionspräsident Prodi bloß, der eine ausgewogene Besetzung der deutschen Kommissionspositionen bevorzugt hätte. Zum Dank dafür wurde Deutschland mit einem de-facto-Juniorkommissar Verheugen abgespeist.

### **Den deutschen Interessen großen Schaden zugefügt**

Es bleibt als Fazit, dass diplomatische Fehler und das nassforsch-arrogante Auftreten des Bundeskanzlers die erfolgreiche Europapolitik der Regierung Kohl in Frage gestellt haben. Schlimmer noch, sowohl den deutschen Interessen als auch dem europäischen Gesamtinteresse sind von der Regierung Schröder bleibender Schaden zugefügt worden.

# Regierung nutzt Neukonzeption als Vorwand für Kürzungen

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk, der auch Mitglied des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien und dort zuständiger Berichtserstatter für die Förderung der Vertriebenenkultur ist, kündigte für den 27. Oktober eine öffentliche Anhörung im Ausschuss für Kultur und Medien zur Förderung der Vertriebenenkultur an:

**1.** Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat diese Anhörung beantragt, da der Beauftragte der Bundesregierung für die Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Staatsminister Michael Naumann, eine Konzeption zur Vertriebenenkulturförderung des Bundes vorgelegt hat, die von der Union strikt abgelehnt wird. Vor allem kritisiert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- die beabsichtigte Auflösung bewährter Einrichtungen der Vertriebenen-Kulturarbeit,
- die geplante willkürliche Zusammenlegung bislang eigenständiger Einrichtungen nach einem unhistorischen Regionalprinzip,
- die beabsichtigte Einrichtung einer zentralen Kultureinrichtung, die dem Einfluss des Bundes bei der inhaltlichen Arbeit ausgesetzt sein würde, sowie
- die als Vorwand für die Neukonzeption genutzte ungerechtfertigte Kritik des Bundeskulturbeauftragten wegen der angeblichen Vernachlässigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der vermeintlich geringen Breitenwirkung der bisherigen Kulturarbeit der Vertriebenen.

Weiter wirft die CDU/CSU-Fraktion Naumann vor, die Neukonzeption als Vorwand zu nutzen, um die in der Regierungszeit

von Bundeskanzler Helmut Kohl gestiegenen Haushaltszuwendungen für die Kulturarbeit der Vertriebenen von 4,17 Millionen DM im Jahre 1982 auf 45 Millionen DM im Jahre 1998 zurückführen zu wollen. Bereits im Jahre 2000 sinken die Mittel für die Vertriebenenkultur im Bundeshaushalt gegenüber 1998 um 6 Millionen DM.

**2.** Der Ausschuss wird als anzuhörende Sachverständige folgende Persönlichkeiten einladen:

- Michaela Hriberski (Generalsekretärin des Bundes der Vertriebenen)
- Rudi Klarer (Bundesgeschäftsführer der djo-Deutsche Jugend in Europa)

## CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragt Anhörung über Förderung der Vertriebenenkultur

- Dr. Peter Becher (Geschäftsführer des Adalbert-Stifter-Vereins, München)
- Prof. Dr. Hubert Orłowski (Germanist, Universität Posen)
- Prof. Dr. Dieter Langewiesche (Sozialhistoriker, Universität Tübingen)
- Dr. Heinz Timmermann (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln).

**3.** Der Ausschuss wird sich bei dieser Anhörung mit folgenden Fragen befassen:

- Sollte die Verpflichtung des Bundes und der Länder gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG), das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und



## Neue Vereinbarung Strom hält Weg für Wettbewerb frei

**Zur Paraphierung der Verbändevereinbarung Strom der Verbände VDEW, DVG, ARE, VKU, VIK und BDI erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:**

Die Eckpunkte der Verbändevereinbarung Strom sind eine gute Nachricht für die weitere Marktöffnung und den Wettbewerb auf dem deutschen Strommarkt. Diese freiwillige Vereinbarung der Wirtschaft, die noch von den deutschen und europäischen Wettbewerbsbehörden geprüft werden muss, ist einer gesetzlichen Regelung seitens des Staates immer vorzuziehen.

Mit der neuen Vereinbarung wird ein preiswerter, diskriminierungsfreier, transparenter und börsentauglicher Zugang den Stromnetzen für alle Anbieter ermöglicht. Dies ist entscheidend, damit Unternehmen und auch private Kunden weiter von sinkenden Strompreisen profitieren können.

Die positiven preislichen Auswirkungen auf die privaten Haushalte sind erheblich: Mit den neuen Stromtarifen

kann ein durchschnittlicher 4 Personen-Haushalt 300 DM pro Jahr einsparen, bei größeren Haushalten kann der Betrag bis zu 1.000 DM pro Jahr ausmachen. Gerade kinderreiche Familien, die einen besonders hohen Stromverbrauch haben, sind hier betroffen und können auf Entlastung hoffen.

Das Einsparpotential von Handwerksbetrieben und kleineren mittelständischen Unternehmen, die ebenfalls zu den Tarifkunden zählen, liegt um ein Mehrfaches darüber. Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute haben für die nächsten zwei bis drei Jahre insgesamt Strompreissenkungen mit einem Volumen von 15 bis 20 Mrd. DM errechnet, die zu einer erheblichen Entlastung der Volkswirtschaft und mittelbar zur Entstehung vieler neuer Arbeitsplätze führen würden.

Die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sollten daher ihre Forderungen, die den Strommarkt durch die geplante Einführung von Quoten und die Abschottung der Stadtwerke vom Wettbewerb strangulieren würden, unverzüglich

des Auslandes zu erhalten, geändert bzw. weiterentwickelt werden? Und falls ja,

- ▶ mit welchen Schwerpunkten,
- ▶ wäre dazu eine Änderung des § 96 BVFG notwendig?

■ Wie beurteilen Sie die vom Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien vorgelegte Konzeption vor allem mit Blick auf

- ▶ die Ausführung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,

- ▶ die Ausführung zur Breitenwirkung der bisherigen Kulturarbeit der Vertriebenen,
- ▶ die beabsichtigte Einrichtung einer Zentralen Kultureinrichtung („Kulturstiftung für das östliche Europa“) und die Auflösung bestehender Einrichtungen,
- ▶ die beabsichtigte Neustrukturierung von Einrichtungen nach dem „Regionalprinzip“?

# Deutschland braucht eine durchgreifende Steuerreform für Wachstum und Beschäftigung

An der Arbeitslosigkeit wollte sich die Bundesregierung messen lassen. Gut ein Jahr nach dem Regierungswechsel ist der Aufschwung ins Stocken geraten und der Abbau der Arbeitslosigkeit kommt nicht mehr voran. Unter Verantwortung der CDU verringerte sich die Arbeitslosigkeit von September 1997 zu September 1998 um über 340.000 auf wieder unter vier Millionen Menschen ohne Arbeit. Unter Verantwortung der SPD ist die Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich von September 1998 zu September 1999 gerade einmal 22.000 Arbeitslosen gesunken.

Von der frühern Dynamik beim Abbau der Arbeitslosigkeit ist nicht viel geblieben. In den ersten neun Monaten dieses Jahres haben 345.000 Menschen weniger eine Arbeit gefunden als noch im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das bedeutet einen gravierenden Rückschritt beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Bundesregierung hat die Meßlatte gerissen. Nun zeigt sich, wer die Wachstumskräfte nicht stärkt, der wird nur den Mangel verwalten und eine Abwärtsspirale vorantreiben.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit verlangt statt Verunsicherung, Chaos und Konzeptionslosigkeit in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik eine gleichgewichtige Politik aus der Stärkung der Wachstumskräfte, die mehr Dynamik in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt auslöst, und aus einer sparsamen, aber investitions- und beschäftigungsfördernden Ausgabenpolitik.

## Eckpunkte der Union für ein modernes, einfaches und gerechtes Steuerrecht

Notwendig bleibt angesichts der Lage am Arbeitsmarkt eine wirklich durchgreifende Steuerreform mit einer deutlichen und kräftigen Senkung aller Steuersätze vom Eingangs- bis zum Spitzensteuersatz, bei der Einkommensteuer wie bei der Körperschaftsteuer:

- Die Union will die Steuerzahler um deutlich über 30 Milliarden DM netto entlasten. Eine spürbare Entlastung ist notwendiger denn je, wenn es gelingen soll, Wachstum zu fördern und die Kaufkraft zu stärken. Ohne die Blockade von Schröder, Lafontaine und Eichel könnte die Entlastung bereits heute in Kraft sein und greifen. Das Steuerchaos aus „Steuerbelastungsgesetz 1999/2000/2002“ und „Ökosteuern“ ist ein verlorenes Jahr. Statt Steuerentlastung bringt es den Steuerzahlern lediglich Steuererhöhungen und -umverteilungen. Wachstum, Beschäftigung und Kaufkraft werden so nicht gefördert.

- Dreh- und Angelpunkt einer wachstums-, leistungs- und beschäftigungsfreundlichen Steuerreform ist die durchgehende Senkung der Steuersätze. Den Eingangssteuersatz wollen wir in Richtung 15 Prozent und den Spitzensteuersatz auf unter 40 Prozent senken. Wir streben insgesamt einheitliche Höchststeuersätze bei allen Einkunftsarten an. Die Tarifbegrenzung für betriebliche Einkünfte, die dem Einkommensteuergesetz nach § 32c EstG unterliegen kann so entfallen. Niedrige

Steuersätze ermöglichen den Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmen. Das Steuerrecht wird dadurch einfacher und durchschaubarer.

● Für Unternehmen muss die Steuerreform rechtsformneutral bleiben. Ein einseitige Begünstigung der Großunternehmen zu Lasten des Mittelstandes, der kleinen und mittleren Unternehmen, wie es die Schröder-Regierung plant, ist von „großer volkswirtschaftlicher Naivität“, wie Professor Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler an der Universität Hannover auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik ausführte. „Wir Ökonomen können der Bundesregierung eigentlich nur einen Rat geben: Verzichten sie auf diese Reform.“ so Professor Homburg (Die Welt, 6.10.1999).

● Internationale Erfahrungen als auch die Erfahrungen der achtziger Jahre in Deutschland mit der bis heute größten Steuerentlastung von über 50 Milliarden DM haben gezeigt, dass strukturelle Verbesserungen mit niedrigen Steuersätzen und weniger Ausnahmen und mit einer spürbaren Nettoentlastung einen nachhaltigen Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung leisten. Allein in Deutschland ist es gelungen, bis 1992 rund 3,2 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Durch die strukturellen Verbesserungen unseres Steuersystems trifft so ein erheblicher Selbstfinanzierungseffekt ein.

● Wenn wir frühzeitig Klarheit über die Stufen 2001 und 2003 schaffen. Wir haben der Bundesregierung angeboten, gemeinsam ein solches Konzept möglichst rasch umzusetzen, zu verabschieden und uns auch darüber zu verständigen, wie die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden die Steuerreform verkraften können.

## Eichels Glaubwürdigkeitslücke

Die Arbeitslosigkeit ist immer noch bedrückend hoch. Die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik hat keine Impulse ge-

setzt. Dennoch verweigert sich die Schröder-Regierung einer durchgreifenden Steuerreform, obwohl bei Wissenschaft, Wirtschaft, gesellschaftlichen Gruppen und den vielen Steuerzahlern Konsens über den dringenden Modernisierungsbedarf im deutschen Steuerrecht besteht. Im fadenscheinigen und unseriösen Behauptungen versucht die Schröder-Regierung ihre Blockade- und Obstruktionspolitik aus Oppositionszeiten bei der Steuerpolitik in ihrer Regierungspolitik in unverantwortlicher Weise fortzusetzen.

### Alibi-Behauptung Nr. 1: Eine durchgreifende Steuerreform sei mit dem Vertrag von Maastricht unvereinbar.

Richtig ist, die Union hat, nachdem die finanzpolitischen Weichen für den Aufbau gestellt waren, die Weichen für die Rückführung der Neuverschuldung gestellt. Mit unserer Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumspolitik ist es uns gelungen, nicht nur die Rezession von 1992/93 zu überwinden, sondern auch die Neuverschuldung deutlich unter die 3-Prozent-Marke des Vertrages von Maastricht zu senken. Die SPD hat dagegen immer wieder gefordert, das Ziel der Senkung der Neuverschuldung massiven Ausgabensteigerungen für teure Beschäftigungsprogramme unterzuordnen. Weil wir diesen Weg unseriöser und unsolider Ausgabenerhöhungen nicht gegangen sind, lag die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte 1997 bei 2,7 Prozent und 1998 bei nur noch 2,1 Prozent. Wenn sich nun die Bundesregierung als Gralhüter des Vertrages von Maastricht darzustellen versucht, muss sie sich im übrigen fragen lassen, warum die Bundesregierung in ihrer EU-Präsidentschaft im Frühjahr 1999 Italien eine Ausweitung der Neuverschuldung unterhalb der 3-Prozent-Marke zugelassen hat.

## **Alibi-Behauptung Nr. 2: Eine durchgreifende Steuer- reform sei mit Artikel 115 Grundgesetz nicht vereinbar.**

Richtig ist, dass die Bundesregierung aus eigenem Versagen, an die Grenze zur Verfassungswidrigkeit gefahren hat. Mit dem Bundeshaushalt 1999 hat sie anstatt zu Sparen und zu Investieren, die Ausgaben um rund 30 Milliarden DM ausgeweitet und die Investitionen mit Buchhaltertricks schön gerechnet. Statt kraftvoll zu sparen, wie es die Bundesregierung angekündigt, sinkt der Bundeshaushalt 2000 gerade einmal um 7,5 Milliarden DM und in den folgenden Jahren erreichen die Ausgaben neue Höchstwerte. Von sparsamer Ausgabenpolitik, die kommende Generationen entlasten soll, keine Spur. Statt Investitionen und damit Beschäftigung zu fördern, kürzt die Bundesregierung gerade beim Aufbau Ost überproportional, bei Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung. Der Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung und das Versagen bei der Schaffung von Spielräumen für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ist die finanz- und wirtschaftspolitische Bankrotklärung der Schröder-Regierung.

## **Alibi-Behauptung Nr. 3: Eine durchgreifende Steuer- reform ginge zu Lasten kom- mender Generationen.**

Richtig ist: Mit dem Hinweis auf die Höhe der Bundesschulden von rund 1,5 Billionen DM versucht die Bundesregierung erneut,

die jungen Generationen vorzuschieben, um von ihrem eigenen eigenen Versagen und ihrer Mitverantwortung abzulenken. Ohne die Blockade- und Obstruktionspolitik von Schröder, Lafontaine und Eichel im Bundesrat bei Einsparungen zur Entlastung der Haushalte bei Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen könnten wir bereits erheblich weiter sein. Mit ihrer Reformunfähigkeit in der Steuerpolitik hält die Schröder-Regierung jungen Generationen bessere Perspektiven am Arbeitsmarkt vor. Sie flüchte aus ihrer Verantwortung in Formelkompromisse beim Bündnis für Arbeit, falsche Konzepte für den Arbeitsmarkt bei 630-DM-Jobs, Selbständigkeit und durch teure, aber wenig wirkungsvolle Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche.

Die Union will dagegen mit einer tiefgreifenden Steuerreform nachhaltige Beschäftigungserfolge ermöglichen und damit gerade auch für die jüngeren Generationen Arbeitsplätze erhält und schafft. So haben die Steuersenkungen in den achtziger Jahren in Deutschland zu einem an Stärke gewinnenden Aufschwung geführt. Die Folge waren ein deutlicher Rückgang der unter Verantwortung der SPD von 0,13 Millionen Arbeitslosen 1970 auf 2,26 Millionen Arbeitslose 1983 angestiegenen Arbeitslosigkeit. Bis 1992 konnte die Zahl der Arbeitslosen auf 1,8 Millionen gesenkt und zugleich 3,2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Beschäftigungserfolge wären ohne eine Steuerreformpolitik nach den Leitlinien niedrige Steuersätze, weniger Ausnahmen verbunden mit einer spürbaren Nettoentlastung für Bürger und Unternehmen nicht möglich gewesen. Für junge Menschen werden so Perspektiven für die Zukunft geschaffen.

**Unsere**

**Elektronischen**

**Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

\*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: [post@www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)

## Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Bubers Gedanken erlangten Einfluss auf die politische Kultur im westlichen Teil des im 'Kalten Krieg' gespaltenen Deutschland und gaben gerade dem christlich-jüdischen Gespräch entscheidende und nachhaltige Impulse.“ So eine Passage des Schreibens, mit dem die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., gemeinsam mit den Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit – Deutscher Koordinationsrat e.V., zu einer Fachtagung im Bildungszentrum Schloss Eichholz einlädt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen Martin Bubers Wirken in Deutschland und Israel sowie das „Neue“ im Denken dieses 1878 in Wien geborenen, 1938 aus Deutschland emigrierten und 1953 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geehrten jüdischen Religionsphilosophen, politischen Essayisten und pädagogischen Denkers.

Thema/Termin:

Veranstaltung Nr. 288

**Neue Wege nach dem Holocaust – Martin Buber, die deutsch-israelischen Beziehungen und der christlich-jüdische Dialog**

Fachtagung

27. bis 29. Oktober 1999

Einige der Themen:

- Martin Bubers Wirken in Deutschland bis 1938

- Martin Buber und das Ende der deutsch-jüdischen Symbiose

- Buber in Israel: Politische Haltung und Wirkung
- Impulse Bubers für die Erwachsenenbildung in Israel und Deutschland
- Buber in den Medien
- Zum Problem von Dialogik und Gerechtigkeit bei Martin Buber und Emmanuel Levinas – Eine Herausforderung für das Christentum

Unter den Mitwirkenden:

- Prof. Dr. Maurice Friedman, S. Diego Institute of Dialog. Psychotherapy
- Dr. Ansgar Koschel, Bad Nauheim Generalsekretär der Gesellschaften für Christl.-Jüd. Zusammenarbeit – Deutscher Koordinationsrat e.V.
- Prof. Dr. Werner Licharz, Eschborn Universität Frankfurt, FB Evangelische Theologie
- Prof. Dr. Joseph Wohlmuth, Bonn Universität Bonn, Kath.-Theolog. Fakultät
- Prof. Dr. Kalman Yaron, Jerusalem Universität von Jerusalem, Martin Buber Institut für Erwachsenenbildung

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**  
**Bildungszentrum**  
**Schloss Eichholz**  
**Postfach 1331**  
**50387 Wesseling**  
**Fax Nr. 0 22 36/7 07-2 30**

Das aktuelle politische Buch

## Zeitenwende – Wendezeiten

Jürgen Rüttgers, Landesvorsitzender der CDU-NRW und Spitzenkandidat der Union für die Kommunale Landtagswahl im nächsten Frühjahr in Nordrhein-Westfalen, hat ein bemerkenswertes Buch geschrieben unter dem Titel „Zeitenwende – Wendezeiten“. Das Buch wurde kürzlich in Anwesenheit des Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble in Berlin vorgestellt. Das Buch sei, so Schäuble, ein Stück weit der Ertrag seiner (Rüttgers) Arbeit als Bundesminister für Forschung und Technologie in der Regierung Kohl. Eine große Veränderung, über die sich Rüttgers

Gedanken gemacht habe, sei die Veränderung der Kommunikationsmedien. Auf dem Weg in das Informationszeitalter sei die Wissenschaftsgesellschaft eine große Chance.

Rüttgers sagt über sein Werk, die Wissenschaftsgesellschaft habe den Vorteil, dass Wissen der einzige Rohstoff sei, der sich durch Gebrauch vermehrt.

**Jürgen Rüttgers: Zeitenwende – Wendezeiten – Das Jahr-2000-Projekt: Die Wissensgesellschaft.** Siedler Verlag, Berlin, 1999. 224 Seiten, 39,90 DM.



Wolfgang Schäuble und Jürgen Rüttgers bei der Präsentation von Rüttgers Buch „Zeitenwende – Wendezeiten“.

# Hohe Auszeichnung für Berndt Seite

Am 24. September wurde im Rahmen einer Feierstunde im Bundeshaus in Bonn dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Berndt Seite, mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Berndt Seite wurde damit für sein Engagement für die Demokratie geehrt.

Berndt Seite gehörte 1989 als Sprecher des Neuen Forum in Röbel zu jenen Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihr mutiges Auftreten in der Wendezeit 1989/90 die politische und gesellschaftliche Wende ermöglicht haben. In seiner Zeit als Landrat in Röbel hat Berndt Seite die Ergebnisse der Wende in der öffentlichen Verwaltung durch- und umgesetzt. Als Generalsekretär der Landes-CDU stand er der Partei in einer wichtigen Phase der Neuausrichtung und Umstrukturierung zur Verfügung.

Angela Merkel, die CDU-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern,

hob hervor, dass Berndt Seite als zweiter Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern in schwierigen Jahren den Kurs des Landes bestimmt und wichtige Eckpfeiler für die Zukunft des Landes gesetzt hat. So wurden in dieser Zeit u.a. die Weichen für die Umstrukturierung der Wirtschaft des Landes hin zu zukunftsfähigen Technologie- und Dienstleistungsbranchen gestellt, die Werften gesichert, die wichtigen Infrastrukturvorhaben A 241 und A 20 durchgesetzt und die Planung des Transrapid auch landesseitig abgesichert. In den Jahren als Ministerpräsident hat er sich immer für unsere östlichen Nachbarn in Polen und im Baltikum stark gemacht und den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Kontakte zu diesen Staaten vorangetrieben. Die CDU-Landtagsfraktion würdigte Seiters Verdienste auf einem Empfang am 28. September im Schweriner Schloss.



Eckhardt Rehberg dankt Berndt Seite im Namen der Landtagsfraktion

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN  
PVST, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.

projekt:21

# Familien IN DEUTSCHLAND.

Fakten und Trends.

**CDU**  
mitten im Leben.

**Zu dem Familienpolitischen Leitartikel ist auch eine Dokumentation unter dem Titel „Familien in Deutschland“ erschienen. Sie kann bestellt werden, solange der Vorrat reicht, unter der Fax-Nummer: 02 28/5 44-4 82 in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Der Text ist auch im Internet unter**

**„www.CDU.de“  
abrufbar.**

# UiD

**32/1999**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.